

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Der Freundschaftsvertrag dazu : die Schweizer Kommunisten und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes (7)  
**Autor:** Platten, Fritz Nicolaus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092971>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Fritz Nicolaus Platten

Die Schweizer Kommunisten und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes (7)

## Der Freundschaftsvertrag dazu

In seiner Serie befasst sich der Autor mit der seinerzeitigen Reaktion der Schweizer Kommunisten auf den Hitler-Stalin-Pakt. Heute geht es um den eigentlichen Freundschaftsvertrag vom September 1939.

Die geheimen Zusatzprotokolle, die das Vertragswerk begleiteten, mit dem die Diktatoren die osteuropäischen Länder unter sich aufteilten, sind lange Zeit geleugnet worden. Jetzt hat Moskau die russische Version veröffentlicht (Seite 15).

Obwohl doch der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 in den gemeinsamen Militäractionen gegen Polen sich bestens bewährt hatte, fanden es Stalin und Hitler für nötig, ihn durch einen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zu ergänzen oder, besser gesagt, zu vervollkommen. War der Nichtangriffspakt nach aussen ein Stillhalteabkommen gewesen, das in dieser Art auch verfeindete Staaten eingehen können, so handelte es sich hier um einen Freundschaftsvertrag, der gemeinsame Interessen verbindlich festlegte. Damit der ganzen Welt klar sei, wie dieser Vertrag zu interpretieren ist, gaben Molotow und Ribbentrop folgende Absichtserklärung ab:

«Nachdem die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, dass es dem wahren Interesse aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten, darauf ausrichten, dieses Ziel sobald als möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen

Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Massnahmen konsultieren werden.»

Moskau, den 28. September 1939.

### Die Brüder

Als «Die Front» am 24. 8. 1939 ihren Kameraden den Nichtangriffspakt akzeptabel machen wollte, lautete die fette Schlagzeile: «Der Führer und Stalin haben sich für die Freundschaft entschieden.» Gesperrt gedruckt wurde auch Ribbentrops Erklärung, der Pakt sei ein festes und unverrückbares Fundament, und es werde zu einer engen Zusammenarbeit beider Staaten kommen.

Davon wollte anderntags die «Freiheit» gar nichts wissen. Sie klagte die Sozialdemokraten an, sie würden die infame Behauptung aufstellen, die Masken seien gefallen, denn die Sowjetunion habe die Freundschaft mit Hitler gewählt: «Eine bodenlose Verleumdung! Nie wird es zwischen der sozialistischen Sowjetunion und dem Nazireich eine Freundschaft geben!» So war es nur folgerichtig, dass Molotows Rechtfertigung des Paktabschlusses am Tage des Kriegsausbruches vor der Sondersession des Obersten Sowjets von Bodenmann nur subtil gekürzt veröffentlicht wurde, um nicht gar zu sehr das Gesicht zu verlieren. Unter seine Zensur fiel z. B. Molotows bissige Bemerkung von einer «versimpelten antifaschistischen Agitation», auf welche die Sowjetunion nicht hereingefallen sei, um sich so von den Westmächten in eine Falle locken zu lassen.

Aber genau die von Bodenmann ausgelassenen Passagen gefielen dafür dem «Völkischen Beobachter», der am 28. 9. 1939 Molotows Rede vom 1. 9. 1939 ausgiebig zitierte: «Gestern noch führten die deutschen Faschisten gegenüber Sowjetrußland eine Aussenpolitik, die uns feindlich war, ja gestern noch waren wir auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen Feinde. Heute indessen hat sich die Lage verändert, und wir haben aufgehört, Feinde zu sein.» Leitartikler Harald Siewert kommentierte: «So können wir Deutschen genau dieselben Worte in umgekehrtem Sinne wiederholen: Gestern noch führte die Sowjetunion eine Aussenpolitik, die uns feindlich war, heute haben wir aufgehört, Feinde zu sein.»

Gleichen Tags behauptete die «Freiheit», der Nationalsozialismus sei nach dem Nichtangriffspakt und nach seinem Rückzug in Polen im Kampfe gegen den Bolschewismus stark verbraucht, und man erwarte in den nächsten Tagen noch einige Überraschungen, die geeignet seien, die Vorsätze jener zu zerstören, die daran arbeiteten, einen Ring um die UdSSR zu schliessen. Wiederum kneifte Bodenmann vor den von Molotow geschaffenen vollendeten Tatsachen; er brachte nicht den Mut auf, den zweiten Pakt zwischen Hitler und Stalin bei seinem offiziellen Namen zu nennen, weshalb er dessen Titel «Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag», in eine harmlose «Vereinbarung über die endgültige Grenzziehung im alten Polen» ummanipulierte, zum alleinigen Zweck, den ominösen Begriff der besiegelten Freundschaft zu eliminieren! Auch im Kommentar war das Wort Freundschaft nicht zu finden! Es wurde dagegen festgestellt, dass die Sowjetunion mehr zur Untergrabung der Position des Nationalsozialismus beigetragen habe als Chamberlain, und betont: «Mehr als die Hälfte von Polen ist vom Druck der Ausbeuter befreit. Die Staaten im Baltikum stehen heute unter dem Einfluss der Sowjetunion. Die Gesamtlage auf dem Balkan hat sich zugunsten des Sowjetstaates verschoben, und zwar zum Teil auf Kosten der Westmächte, aber in noch grösserem Ausmass auf Kosten des Dritten Reiches. Die Sowjetunion ist in der kurzen Zeit der Kräfteverschiebungen der grösste Gewinner.»

Hitler würdigte in seiner Reichstagsrede den Freundschaftspakt, bevorzugte dafür allerdings mehr den Ausdruck Interessengemeinschaft! Er leugnete, jemals im Ernst daran gedacht zu haben, nach dem Ural, nach der Ukraine oder nach Rumänien zu streben; solche Unterstellungen seien «Ausgeburten einer Marsphantasie», sei es doch sein alleiniges Streben, auch im Osten friedliche, stabile und damit tragbare Verhältnisse herbeizuführen, und gerade hier würden sich die Interessen und Wünsche restlos mit denen Sowjetrußlands decken. Artikel II des Grenzvertrages verbot jegliche Einmischung dritter Mächte in die Aufteilung Polens, und Artikel IV bezeichnete die getroffene Regelung als ein «sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern».

Hitler prophezeite, der Freundschaftspakt werde den beiden Vertragspartnern nicht nur den Frieden, sondern eine glückliche, dauerhafte Zusammenarbeit ermöglichen: «Deutschland und Russland werden gemeinsam eine der gefährlichsten Stellen Europas ihres bedrohlichen Charakters entkleiden und jeder in seinem Raume zur Wohlfahrt der dort lebenden Menschen und damit zum europäischen Frieden beitragen.» Er bezeichnete dies als eine Befriedung im Sinne der Herstellung einer tragbaren Ruhe und Ordnung. «Die Front» übersetzte Hitlers ungewohnte Diplomaten-sprache in folgenden handfesten Klartext: «Russland und Deutschland haben sich gegenseitig das Recht zugesichert, in den ihnen zufallenden Gebieten nach eigenem Willen zu schalten und zu walten.»

### Schalten und Walten in Polen

Von freiem Schalten und Walten wollte die «Freiheit» nichts wissen, sondern sie erklärte: «Wir wissen nicht, zu welchen Zugeständnissen (!) sich Deutschland Polen gegenüber, unter dem Druck der Sowjetunion, bereit erklären wird, aber was wir bestimmt wissen, ist, dass nach einem eventuellen Sieg der Westmächte nicht ein unabhängiges, freies Polen errichtet würde, mit Flugbasen, mit Waffendepots der imperialistischen Sieger, ein Militärlager, um das zerstückelte Deutschland in Schach zu halten und um als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu dienen.» Der betreffende Artikel schloss mit der Mahnung vor einem Sieg der Westmächte wie folgt: «Wenn Versailles einen Hitler erzeugte, so muss ein Über-Versailles einen Über-Hitler erzeugen. Das lehrt uns die Erfahrung, alles andere ist Firlafanz.» Der Blitzsieg Hitlers über Polen war also offenbar das kleinere Übel als ein Sieg der Westmächte! Zur Ehrenrettung des Redaktionstrios Marino Bodenmann, Emil Arnold und Jakob Schwarz sei doch festge-

stellt, dass dieser Artikel nicht von einem Schweizer Kommunisten abgefasst worden war. Autor war der nach Zürich emigrierte ehemalige Volkskommissar der unglücklichen Ungarischen Räterepublik von 1919, Julius Alpari. Er lebte, bestens getarnt, in einer gutbürgerlichen Pension an der Ekkehardstrasse und war als Chefredaktor der «Rundschau für Politik und Arbeiterbewegung» hier illegal tätig. Für die KP Schweiz war er eine absolute Autorität und bestimmte massgebend deren Stellungnahme zum Hitler-Stalin-Pakt. Er war es gewesen, der das erste Funktionärszirkular zum Pakt für die völlig sprachlosen, biederen Schweizer entworfen hatte, welches leider dem Schweizer Sozialarchiv, anlässlich einer Ausstellung zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, beim Ausräumen der Vitrinen geklaut worden war. Julius Alpari war der festen Überzeugung, dass die Schweiz von Hitler angegriffen werde und verzog sich nach Paris. Nach der Besetzung Frankreichs im Sommer 1940 wurde er dort von der Gestapo aufgestöbert, in ein Konzentrationslager nach Deutschland verschleppt und im Jahre 1944 ermordet. Während Stalin zum Beispiel Matthias Rakosi aus Ungarn und Anna Pauker aus Rumänien durch einen Austausch freikaufte, überliess er Ernst Thälmann und Julius Alpari ihrem Schicksal. Nie wird man wohl ergründen, weshalb er Hitler Georgi Dimitroff entriss, ihm aber Ernst Thälmann überliess – politische Berechnung oder Laune eines Diktators? Die Ausgabe einer Julius-Alpari-Briefmarke zu dessen 100. Geburtstag zeugt davon, dass sich die ungarischen Kommunisten sehr wohl der Bedeutung bewusst waren, die er in der kommunistischen Bewegung gespielt hatte.

Wieder einmal sollten die Frontisten richtig getippt haben, denn in der Tat liess Stalin in Westpolen Hitler völlig freie Hand; mochte er sich dort gegenüber der Weltöffentlichkeit kompromittieren. Im «Völkischen Beobach-

ter» erschien bereits eine Woche nach der Unterzeichnung des Freundschaftspaktes ein mittels Kasten speziell hervorgehobener Artikel, der eher einem Aktionsprogramm als einem Bericht entsprach: «Polizei aus allen deutschen Gauen schafft Ordnung in Polen – Heckenschützen, Saboteure, Plünderer und jüdische Wucherer werden unschädlich gemacht – Rasche Hilfe für die friedliche Bevölkerung.» Es wurde der Einsatz des Sonderbefehlshabers der Polizei beim Armeekommando beschrieben, der Insurgenten und anderes Gesindel unschädlich gemacht habe oder gegen Hyänen des Schlachtfeldes vorgegangen sei, um so alle reichs- und deutschenfeindlichen Elemente auszurotten!

Wer von dieser Ausrottung ganz besonders bedroht war, wusste seit der berühmten «Kristallnacht» vom 9./10. November 1938 in Deutschland jedes Kind. Aber mahnend wurde in diesem Artikel nochmals in der Sprache von Goebbels und Streicher darauf hingewiesen: «... die laufende Überwachung eines ewigen Unruheherdes, des polnischen Judentums! Im ehemaligen polnischen Staatsgebiet leben nach dem Urteil polnischer Antisemiten über 6 Millionen Volljuden, das zahllose Heer der getauften Juden und der Judensprösslinge mitgerechnet. Es gibt in Mittel- und Südpolen Landstädte, in denen jeder zweite, mindestens jeder dritte Bewohner uns als typischer Kaftanträger mit verfilztem Flatterbart und verlausten «Peijes» begegnet. Ja man trifft hier sogar richtige Judennester, geschlossene jüdische Siedlungen, ausgesprochene Brutstätten einer geradezu ekelregenden Menschenrasse mit einem fast unheimlichen Vermehrungstrieb. Dieses Judentum, ganz gleich, ob es noch im Getto haust oder schon den Sprung in die Schlüsselstellungen des ehemaligen Staates getan hat, ist einer der Faktoren, die das zusammengebrochene Polenreich mitbestimmen haben.» Der Lebensmittelhandel befindet sich fast ausschliesslich in jüdischer

## Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschliesslich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I: Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II: Beide Teile erkennen die in Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III: Die erforderliche staatliche Regelung übernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel I angegebenen Linie die deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV: Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel V: Dieser Vertrag wird ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, den 28. September 1939.

Hand, was zu Hamsterei und Preissteigerungen führe. Dazu kämen jüdische Plünderungen: «Die Juden nahmen wie Aasgeier, was nicht niet- und nagelfest war, und stapelten ihre Schätze in Schlupfwinkeln auf, um sie nach jüdischer Manier bei einer allgemeinen Teuerung an den Mann zu bringen.»

Über die Aufgabe der Polizei hiess es: «Eine derart verantwortliche und schwierige Aufgabe kann nur von bestens geschulten Kräften der Sicherheitspolizei, der Kriminalpolizei, der Geheimen Staatspolizei und des SD, die hier nach ihrem Einsatz in der Ostmark, im Sudetenland und in Böhmen und Mähren ihre Feuertaufe (!) im wahrsten Sinne des Wortes erhielten, bewältigt werden.» Es wurde hinzugefügt, dass diese Einsatzgruppe vor wenigen Tagen von ihrem Chef, SS-Gruppenführer Heydrich, inspiziert worden sei, der ihnen weitere Weisungen gegeben und Worte der Anerkennung ausgesprochen habe.

Was mag wohl in den Köpfen der deutschen Kommunisten vorgegangen sein, sei es im Zuchthaus oder im Konzentrationslager, wenn sie erfuhren: «Schutzstaffelgeist, in tausend Saalschlachten und Strassenkämpfen erprobt (!), bestimmt auch die Haltung in Feindesland! Ganz gleich, ob in der vordersten Front der Wehrmacht oder an nicht minder wichtiger Stelle im feindlichen Hinterland, sie bemühen sich, nach dem Wort ihres Reichsführers SS (Himmler) mehr als ihre Pflicht zu tun.»

### Laufend neues Kriegsbild erforderlich

Drei Tage nach Ausbruch des Krieges vermerkte die «Freiheit» mit Genugtuung, dass sich die Mobilmachung glatt abgewickelt habe und die Verteidigungsbereitschaft auf der ganzen Linie verstärkt worden sei. Vorläufig stehe das Dritte Reich vollständig isoliert den beiden grossen Westmächten mit ihren gewaltigen Reserven und Polen gegenüber. Klar wurde vorausgesagt, dass dieser Krieg den Menschen nicht ausdenkbare Not und Qualen bringen werde mit unerhörten Menschenopfern.

Am 9. 9. 1939 wandte sich die Kommunistische Partei der Schweiz in einem Aufruf an das werktätige Schweizer Volk und stellte offen die Position der Kommunisten zu diesem Krieg dar: «Ein neuer europäischer Krieg ist zur furchtbaren Tatsache geworden. Nazi-Deutschland hat Polen überfallen, um es dem gleichen Schicksal zu unterwerfen wie Abessinien, Österreich, Spanien und die Tschechoslowakei. Dieser grösste, durch den Faschismus ausgelöste Krieg droht Kultur und Zivilisation in Europa in Strömen von Menschenblut zu ertränken. . . Wir Kommunisten haben immer gesagt: Faschismus bedeutet Krieg!

Der Faschismus stellt die brutalste, terroristischste und hemmungsloseste Diktatur des Finanzkapitals dar, welches nach immer

höheren Profiten und Ausbeutungsmöglichkeiten strebt und diese seine Ziele, wenn es ihm nicht «friedlich» gelingt, durch die Niedermetzelung ganzer Völker zu erreichen versucht. Die Machthaber, die diesen Krieg auslösten, sind nur die Willensvollstrecker des nimmersatten deutschen Imperialismus.»

Dem wurde die Sowjetunion gegenübergestellt: «Die Sowjetregierung will nicht das einzige Land, wo der Kapitalismus beseitigt ist und der Sozialismus blüht, in einen Krieg hineinmanövrieren lassen, als dessen Nutzniesser die Herren der englischen Hochfinanz aufzutreten bereit waren. Sie schützt damit die einzige Hochburg der internationalen Arbeiterklasse und handelt darum im Interesse nicht nur der Völker der Sowjetunion, sondern ebenso im Interesse der Arbeiter und Ausgebeuteten der ganzen Welt.»

Die Sowjetunion wurde also als Verteidiger des Friedens definiert, dagegen der deutsche Imperialismus als Kriegsauslöser bezeichnet, wobei Hitler nur die Rolle eines «Willensvollstreckers» zukam. Diese Definition war nicht ein Eigenprodukt der KP Schweiz, sondern ein Produkt der Analyse des



Molotow (sitzend), Ribbentrop und Stalin  
(«Vestnik», Moskau, Nr. 3/1990)

Faschismus, wie sie Georgi Dimitroff 1935 am VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen proklamiert hatte. Sie war rasch Allgemeingut der ganzen Komintern geworden, und sie war in dieser Form bis zum Abschluss des Grenz- und Freundschaftspaktes voll gültig.

In dieser Beziehung hatte der Abschluss des Nichtangriffspaktes noch keinerlei Änderung bewirkt. Auch die französischen und die englischen Kommunisten sahen damals immer noch Hitler als den Hauptkriegstreiber an. Besonders die Kommunistische Partei Frankreichs sah in Hitler nach wie vor den Hauptkriegstreiber, und ihr Senator Marcel Cachin erklärte: «In der gegenwärtigen ersten Stunde stellt die Kommunistische Partei fest, dass, wenn Hitler Frankreich den Krieg erklären sollte, er einem geeinten Frankreich gegenüberstehen würde. Die Kommunisten würden in der vordersten Linie stehen, um die Sicherheit des Landes zu verteidigen.» Und als nach Ablauf eines gestellten Ultimatums Frankreich Deutschland am 3. 9. 1939 zusammen mit England den Krieg erklärte, versicherte in der französischen Kammer der kommunistische Abgeordnete Cogniot im Namen seiner Fraktion, sie würden für die Kriegskredite stimmen im gleichen Geiste, wie sie der Rede von Ministerpräsident Daladier Beifall gezollt hätten.» Die einstimmig mit den Stimmen der Kommunisten angenommenen Sonderkredite beliefen sich auf 24 Milliarden für die Bedürfnisse der Landesverteidigung, auf 7,5 Milliarden als zusätzliche Kredite für den Haushalt des laufenden Jahres sowie auf 27,5 Milliarden für Kapitalinvestitionen. Und die Parlamentsgruppe erklärte feierlich unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der KPF, Maurice Thorez, die Kommunisten seien bereit zum Widerstand gegen den Nazifaschismus, für die Verteidigung der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit, der demokratischen Prinzipien und der Zivilisation: «Angesichts der Aggression des Nazifaschismus, dessen klarsichtige und entschlossene Gegner die Kommunisten immer waren und bleiben, werden sie die besten Verteidiger der Demokratie und der Unabhängigkeit des Landes sein.»

Von diesem antifaschistischen Verteidigungswillen wurde auch die Redaktion der «Freiheit» angesteckt. Sie brachte am 7. 9. 1939 eine Reportage über den Abschied französischer Stellungspflichtiger aus Basel:

«Es ist selbstverständlich bitter, in den Krieg zu ziehen, seine Liebsten, meistens Frauen ohne Verdienstmöglichkeit und Kinder noch im nicht einmal schulpflichtigen Alter, zurückzulassen. Doch die aufgebotenen Männer sind in ausgezeichneter Verfassung! Wir sehen nur einen Aufgebotenen, der nicht zur Klasse der Werk tätigen gehört, der an der Brust seiner Mutter Tränen vergiesst.» Als sich die Bahn in Bewegung gesetzt habe, seien Rufe ertönt: Schiesst gut und kommt zurück! Es lebe Frankreich! Es lebe die Freiheit! Hingegen sei die Lust, dem

Aufgebot zu folgen, bei den Deutschen sehr klein: «Es wurde uns ein Unternehmen hier in Basel genannt, in welchem von zwölf Deutschen nicht ein einziger bereit ist, für Hitler in den Krieg zu ziehen.

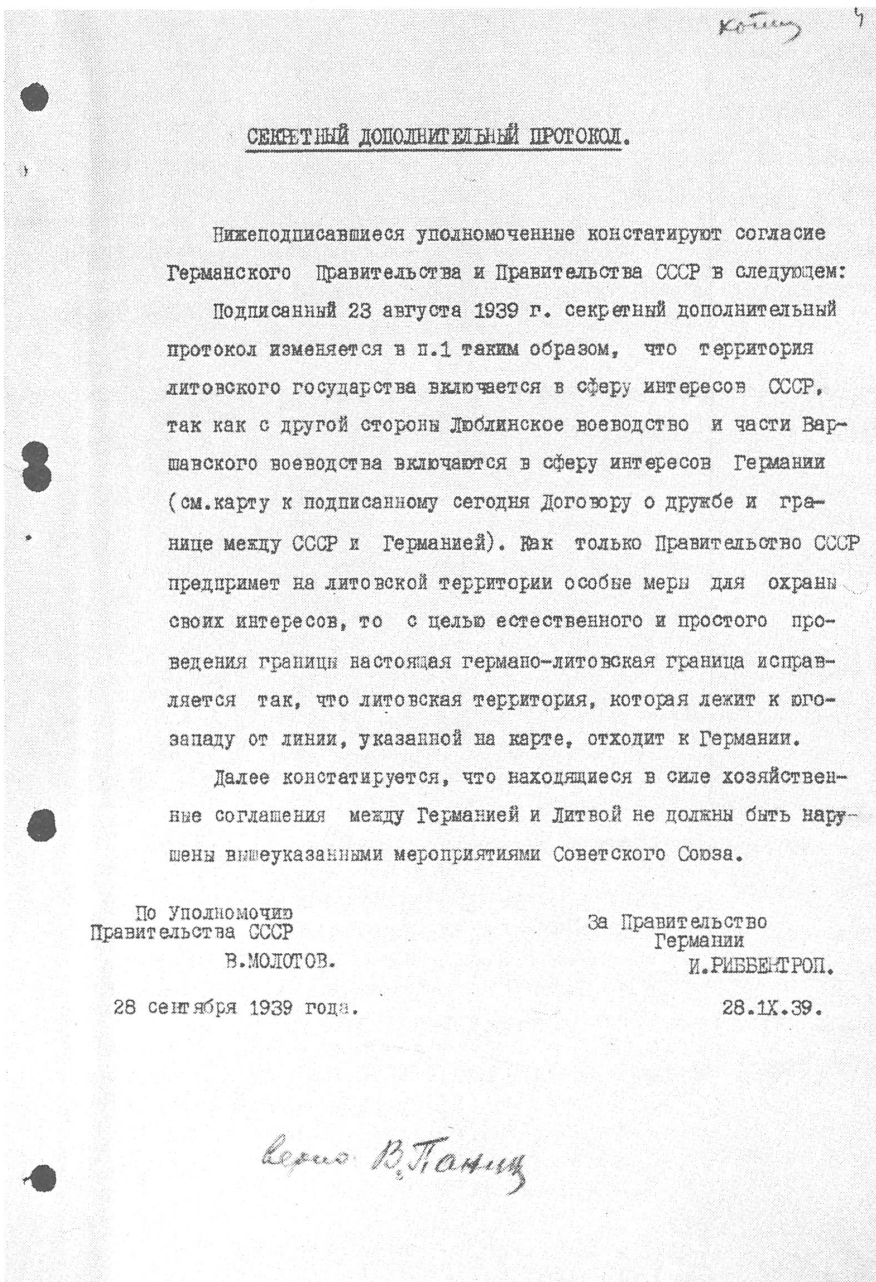
Dasselbe Bild ergab sich in England. Auch dort stimmten die Kommunisten der Wehrvorlage zu, wobei ihr Führer Gallacher erklärte, dass kein Opfer verweigert werden dürfe, «um eine Niederlage der nationalsozialistischen Angreifer und die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens in der Welt herbeizuführen». Und die KP Grossbritanniens versicherte, dass sich die Gewerkschaften für die höchstmögliche Steigerung der Rüstungsproduktion einsetzen würden. Ohne die Besiegung des Faschismus werde es keinen Frieden geben! Mit dieser

Feststellung, erklärte Gallacher, gerate er nicht in Widerspruch zu seinen Kameraden der Arbeiterklasse in der Sowjetunion!

Und die «Rundschau» liess sich zur gleichen Zeit aus Paris folgendes Stimmungsbild übermitteln: «Die Ruhe, mit der die Bevölkerung den Eintritt in den Krieg auf sich genommen hat, kommt daher, weil sie weiss, dass es nicht allein um Danzig und um Polen geht, sondern um die Freiheit und Unabhängigkeit aller von dem verhassten Naziregime bedrohten Völker Europas. Man kann das am Tisch jedes Kaffeehauses, in jeder Portierloge, in jeder Metro in Worten hören, die vielleicht nicht dem Wörterbuch der bekannten Pariser Leitartikler angehören, die aber die Sprache des einfachen Mannes von der Strasse sind.»

Und nun waren mit einem Schlag, infolge des von Stalin mit Hitler abgeschlossenen Freundschaftsvertrages, alle hier wiedergegebenen pathetischen Erklärungen reine Makulatur, von den Ereignissen in Polen überholt, denn nun wurde aus dem siegreichen Hitler plötzlich, nach sowjetischer Version, ein glühender Anhänger des Friedens, und die Kommunistische Internationale hatte unisono die Aufgabe, sich dieser unvorhergesehenen Wandlung bedingungslos anzupassen! Wie würden sich die einzelnen kommunistischen Parteien dazu stellen, würden sie diesen ideologischen Salto-mortale kritiklos vollziehen?

Fortsetzung folgt



## Von Moskau erstmalig veröffentlicht

Bisher hatte die Sowjetunion das Bestehen geheimer Zusatzprotokolle zum Nichtangriffspakt zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR erst geleugnet und dann bezweifelt. Nunmehr sind die entsprechenden Dokumente in einer Kopie des sowjetischen Aussenministeriums «zum Vorschein gekommen». Die Monatszeitschrift des sowjetischen Aussenministeriums, «Vestnik», hat sie in ihrer Märznummer 1990 veröffentlicht.

Das hier aus dieser Quelle reproduzierte Dokument ist am 28. September 1939 von Molotow und Ribbentrop unterzeichnet worden. Es bezieht sich auf das geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 und weist in Abänderung jenes Textes nunmehr Litauen der sowjetischen Einflussphäre zu.

Eine wahrhaftig brisante Publikation zu diesem Zeitpunkt.